

Terms and Conditions

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

Der Berichterstatter der Mandatsprüfungskommission gibt bekannt, daß 96 Delegierte anwesend sind, die jeder für 1000 Mitglieder stimmberechtigt sind. Vertreten sind ferner die Fachgruppe der kriegsbeschädigten Post- und Telegraphenangestellten, der Bankangestellten und der kriegsbeschädigten Eisenbahner.

Kam. Dr. Schischa von der Fachgruppe der kriegsbeschädigten Bankangestellten verweist bei der Debatte über das Einstellungsgesetz auf die Fusionierung der Verkehrsbank und Unionbank mit der Bodenkreditanstalt, bei welcher es der Fachgruppe gelungen ist, viele kriegsbeschädigte Angestellte vor dem Abbau zu bewahren.

Bei Punkt **Neuwahl** wurde der altbewährte Obmann Kam. **Schnürmacher** sowie der bisherige Generalsekretär **Kainradl** und die Witwensekretärin Kam. **Szadr-Stummer** unter lebhaftem Beifall wieder gewählt. Zum Schluß dankt der Vorsitzende dem Gemeinderat Baden für die Gastfreundschaft, ebenso dem Landesverband Niederösterreich und der Bezirksgruppe und Ortsgruppe Baden. **K. K.**

Ein neuer Beweis der Invalidenfreundlichkeit unseres Finanzministers.

Der aus seiner Tätigkeit aus dem Jahre 1923 satfam bekannte Finanzminister Dr. Kienböck, der nun wiederum die Geschäfte des Finanzministeriums führt, hat einen neuerlichen Beweis seiner Invalidenfreundlichkeit gezeigt. Im Jahre 1923 hat er die Trafikkündigungsverordnung aufgehoben und das Recht, Kriegsoffern durch Verleihung von Tabaktrafiken, die man reichen Geschäftsleuten nahm, Existenzen zu gründen, genommen. Er hat also damals schon den Beweis geliefert, daß er nicht das geringste Verständnis für die Kriegsofferverfrage übrig hat, sondern daß ihm im Gegenteil das Wohl der Reichen mehr am Herzen liegt. Der Beweis der Invalidenfreundlichkeit hat er auch anlässlich der Beratung der IX. Novelle zum Invaliden-Entschädigungsgesetz geliefert. Er nannte einen Betrag von 13 Millionen, den er für die Erhöhung der Renten auswarf und war nicht zu bewegen, den Betrag auch nur um Groschen zu erhöhen. Der Herr Abgeordnete Dr. Dregel verteidigte die Regierungsvorlage und stellte den Minister Kienböck als einen Menschen dar, dessen Herz überfull ist von Liebe zu den Kriegsoffern, daß er aber als verantwortlicher Minister für die Sicherstellung des Budgets Sorge tragen müsse und nach wohlfeillicher Ueberlegung den Höchstbetrag von 13 Millionen genannt hat. Mehr könne er nicht verantworten, da die finanzielle Lage des Staates eine Mehrbelastung nicht ertragen könne. Der dritte Streich zeigte nun, daß es dem Herrn Finanzminister Kienböck vollständig gleichgültig ist, ob die Kriegsoffern auf der Straße zugrundegehen, ob sie von der Rente leben können, ob sie Existenzen erhalten können oder nicht. Man konnte ihm, wenn man einigermaßen leichtgläubig war, glauben, daß er im Interesse der Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte den Betrag von 13 Millionen nicht überschreiten konnte. Das scheint aber nun einwandfrei widerlegt dadurch, daß er auch gegen jene Errungenschaften der Kriegsinvaliden losgeht, die dem Staate keinen Groschen kosten. Er ist also nichts anderes als ein ausgeprägter Feind der Invalidenschaft. Seit dem Jahre 1923 führt die Invalidenschaft einen ständigen Kampf um die Wiedereinführung der Trafikkündigungsverordnung. Der Rubareisende, Finanzminister **Uhrer**, hat mit den Kriegsoffern verhandelt und hat eine Vorlage für die Wiedereinführung der Trafikkündigungsverordnung ausgearbeitet, die aber unannehmbar war. Sein Nachfolger, Herr Kienböck, hat es nicht für notwendig gehalten, mit den

Kriegsoffern zu verhandeln, sondern hat dieselbe Taktik eingehalten wie im Jahre 1923, als er die Kündigungsverordnung aufhob. Ueber Nacht änderte er die Verordnung ab und stellte die Kriegsoffern vor vollendete Tatsachen. Durch den Entzug der Kündigungsverordnung war es nur mehr möglich gewesen, solche Trafiken den Kriegsoffern zu verleihen, die durch Tod oder freiwillige Zurücklegung frei wurden oder wenn solche neu errichtet wurden. Es war also eine bedeutende Verschärfung eingetreten. Hunderte von Kriegsinvaliden und Hinterbliebenen wurden um ihre Erwartungen betrogen. Viele Trafiken gibt es noch in Oesterreich, die geeignet wären, den Kriegsoffern ihr schweres Los zu erleichtern, wenn man sie den derzeitigen Inhabern zugunsten der Kriegsoffern wegnehmen würde. Nicht alle Trafiken konnten bis zum Jahre 1923 erfaßt werden, weil oft unüberwindliche Schwierigkeiten entgegengestellt wurden. Nach und nach wäre es aber doch möglich geworden, diese Trafiken unterzubringen.

Der Herr Finanzminister hat scheinbar einen Wahlschlager benötigt und hat zu diesem Zwecke den Alttrafikanten eine Freude bereiten wollen, er will sie nicht mehr der Gefahr ausliefern, daß sie ihre Trafiken verlieren und die Trafiken im Falle des Todes des bisherigen Inhabers nicht mehr den Kriegsbeschädigten als bevorzugte Bewerber, sondern den Angehörigen des bisherigen Inhabers übertragen wird. Das heißt also, daß freierwerbende Tabaktrafiken überhaupt nicht mehr an Kriegsbeschädigte oder Hinterbliebene verliehen werden können. Der Reichsbund der Kriegsoffern, der seinerzeit schon mit der Regierungsvorlage, die im wesentlichen dasselbe beinhaltete wie die heutige Verordnung, ist zum Großteil selbst an der bedeutenden Verschlimmerung der Vorschrift schuld, weil er sich diesen Zustand selbst herbeigeführt hat, um in die Lage zu kommen, trotz seiner Kleinheit, bei Vergabungen von Trafiken etwas mitplappern zu können. Nun hat er das endlich erreicht. Es widerspricht zwar den primitivsten Grundsätzen der Demokratie, daß auch eine ganz verschwindende Minorität die gleichen Rechte hat, wie eine große Organisation. Die Regierung selbst machte bisher immer ungeheure Schwierigkeiten, wenn eine kleine politische Partei die Abänderung der Wahlordnung verlangte, um ebenfalls in die gesetzgebende Körperschaft ihre Vertreter entsenden zu können, aber sie ändert ihre Ansichten sofort, wenn es sich auch nur um einige Manderln handelt, die ihr mit Haut und Haaren verschrieben sind. Daher war es auch eine Selbstverständlichkeit für den Finanzminister Kienböck, daß er gegen die von ihm so hoch gehaltenen Prinzipien der Demokratie den Reichsbundlern ein Mandat in dem an Stelle des bisherigen Befehungsausschusses tretenden Beirats gab. Wieder hat das hohe Finanzministerium einen Teil des revolutionären Schutzes, das Mitbestimmungsrecht der Organisation, ausgeschaltet und der Behörde vollkommen freie Hand gelassen. Der kommende Beirat wird nur mehr angehört, die Behörde ist aber an den Beschluß auch dann nicht gebunden, wenn derselbe einstimmig erfolgte.

Gerechter Zorn und Entrüstung muß alle Kriegsoffern erfassen, wenn sie sehen, daß ihnen ein Recht nach dem anderen geraubt wird, daß man sie geradezu in die Armenversorgung treibt, weil man ihnen keine Rente gibt, wenn man sieht, daß die Verelendung unter den Kriegsoffern Dank der Tätigkeit einer Regierung, die nur dem Geldsack fröhnt, immer größeren Umfang annimmt. Den Kriegsoffern, die um eine Erfahrung reicher, um die Existenzmöglichkeit aber ärmer geworden sind, rufen wir zu: Erkennet eure Feinde, schließt die Reihen im Zentralverband der Kriegsinvaliden und seid jederzeit kampfbereit.